



Medienkonferenz vom 2. November 2015

Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen – für Familien und Mittelstand

Erfolgreiche Unterschriftensammlung zeigt: Abbau bei den Prämienverbilligungen war übertrieben und muss rückgängig gemacht werden

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, Grossrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ein breit aufgestelltes Komitee reicht heute 18'174 gültige Unterschriften für die Initiative «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen – für Familien und Mittelstand» ein. Sie wurden im Verlaufe des letzten halben Jahres im ganzen Kanton Bern gesammelt. Dieser Erfolg und die hohe Anzahl gesammelter Unterschriften zeigen: Die Initiative ist nötig und breit abgestützt. Sie hat zum Ziel, die im Rahmen des Angebots- und Strukturüberprüfungsprogramms ASP im November 2013 beschlossenen rigorosen Sparmassnahmen bei den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse wieder rückgängig zu machen. Konkret fordern wir, dass der Umfang und die Höhe der Beträge der ausgerichteten Prämienverbilligungen auf dem Stand von 2013 (Stand „vor ASP“) im Gesetz verankert werden. Wir überführen mit der Initiative dafür die Regelung der damals geltenden Verordnung in das Gesetz. Es ist in diesem Sinne eine „Wiederherstellungsinitiative“.

Die Initiative bildet zusammen mit dem Referendum gegen die Streichung des Sozialziels im EG KUMV¹, über das wir am 28. Februar 2016 abstimmen werden, ein „Duo-Pack“. Beide Volksbegehren sind nötig: Mit dem Referendum geben wir der Stimmbevölkerung die Gelegenheit, die bisherige Regelung beizubehalten, wonach das einkommensschwächste Viertel der Bevölkerung Verbilligungen erhalten sollte. Diese Regelung zeigt das ursprüngliche Ziel der Prämienverbilligungen durch Bund und Kantone auf, nämlich, die sehr hohen Krankenkassenprämien in der Schweiz für jenen Teil der Bevölkerung erträglicher zu machen, der nur über ein tiefes Einkommen verfügt. Die Verbilligungen sind ein anerkannter und notwendiger Teil des Systems. Verabschiedet sich ein Kanton nun weitgehend von dieser gemeinsamen Aufgabe von Bund und Kantonen, wird das ganze System in Frage gestellt. Deshalb ist das Referendum ein wichtiger Schritt zum Erhalt von fairen Prämienverbilligungen im Kanton Bern. Die Initiative fixiert ergänzend dazu die Tarifstufen und die Höhe der

¹ Gesetz betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung EG KUMV

Komitee «Bewährte Prämienverbilligungen»



Verbilligungen auf dem Niveau von 2013. Nur mit beiden Vorlagen zusammen kann das Ziel erreicht werden.